

Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Dresden
Sabes & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Vertrieb: Geb. Kopsch, Dresden
und Städtische Staatsdruckerei

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 R.
Einsendungen 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707,
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 20 mm breite Komposition
30 Pf., die 30 mm breite Komposition 1,50 R., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 R. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangeben
40 Proz. Rabatt. Für Belegüberlegung 10 Pf.

Nr. 21

Dresden, Dienstag den 26. Januar 1926

37. Jahrg.

Neue Grundlagen der Handelspolitik

Ein besonderes Merkmal der Wirtschafts-, Steuer- und Handelspolitik der Reichsregierung besteht in der Ausschaltung wirtschaftlicher Autoritäten und in der rücksichtslosen Ignoranz gegenüber wissenschaftlichen Ergebnissen und Untersuchungen. Als Sachverständigen gelten ihnen nur die "Praktiker", Leute, die über den Horizont ihrer Privatinteressen nicht hinaussehen können und auch nicht wollen. Die Wünsche und Interessen dieser "Praktiker" zu erfüllen, bildet die Grundlage der früheren Handelspolitik, und sie ist auch jetzt noch, wie das schleppende Tempo der Handelsvertragsverhandlungen und deren Gestaltung selbst nur zu deutlich erkennen, in vollem Schwange.

War es angeht die zwischen rechtsparteilicher Wirtschaftspolitik und Wissenschaft bestehenden Divergenzen, schon im Verdienst der wissenschaftlichen Nationalökonomie, daß sie im Ansehn der Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik im September 1924 in einer Entscheidung gegen die Schutzollpolitik Stellung nahmen, so kommt dem genannten Verein noch das bedeutungsvollere Verdienst zu, eine handelspolitische Engstelle vorgezeichnet zu haben, an der sich, wie der Herausgeber Professor Eulenburg mit Recht bedauernd bemerkt, weder ein "Praktiker" noch ein Führer der Arbeiterbewegung beteiligen hat. So sehr dies zu bedauern ist, tut es der Wertigkeit der jetzt in 2 Bänden vorliegenden "Gedanken" — ein dritter Band soll im Herbst d. J. folgen — keinen Abbruch. Der erste Band des im Verlage von Duncker und Humblot in München unter dem Titel der Heberfärbung dieses Artikels erschienenen Werkes enthält elf Abhandlungen allgemeiner Natur über Deutschland. So wichtig es auch erscheint, daneben die Verhältnisse der großen Industriezweige zu beleuchten, so übersteigt die noch die Kapazität einer privaten Verlagsanstalt auszufüllen, die durch das völlige Vergehen der statistischen in handelspolitischen Dingen entstanden ist. Der noch ausstehende dritte Ergänzungsband soll sich mit der Maschinenindustrie, der Elektrotechnik und der chemischen Industrie in erster Linie beschäftigen.

Wir können selbstverständlich nicht auf jedes einzelne der 11 Abhandlungen eingehen, sondern müssen uns auf diejenigen beschränken, die unmittelbar die Interessen der Arbeiterklasse betreffen. Deshalb kommen für uns zunächst zwei Abhandlungen im ersten Band in Betracht: "Arbeiterklasse und Handelspolitik" von Professor Paul Arndt (Frankfurt a. M.) und "Konsuminteressen und Handelspolitik" aus der Feder des Staatssekretärs a. D. Dr. Eugen Müller (Berlin). Arndt betrachtet es als seine Hauptaufgabe, "die besonderen Interessen der deutschen Arbeiterklasse an der bevorstehenden Neugestaltung der Handelspolitik unseres Staates zu untersuchen", hält es aber kategorisch für notwendig, daß vor der Behandlung der weltwirtschaftlichen und nationalen Einzelprobleme einige weltwirtschaftliche Zusammenhänge klargestellt werden. Denn "kaum auf einem andern Gebiet ist eine Gesamtorientierung von solcher Wichtigkeit" als so dringend erforderlich wie auf dem der äußeren Wirtschaftspolitik. Innerhalb und treffend über Arndt auf den einengangs erwähnten Wissensstand der auf der Basis des Anhörens der "Sachverständigen" durch die entstehenden handelspolitischen Entscheidungen hin. "Wo sind die Staatsmänner", fragt er, "die klar erkennen, daß jedem handelspolitischen "Plus" irgendwo in der Volkswirtschaft ein "Minus", eine Schädigung (der Verbraucher, der Verbraucher) entspricht? Das Schutzwort begünstigt nicht nur eine Minderheit auf Kosten der Mehrheit, was ja nur eine Verschiebung innerhalb der Volkswirtschaft bedeuten würde, sondern hemmt die internationale Arbeitsteilung und schädigt die letzten, einflussreichsten und produktivsten Verbraucher und damit die gesamte Volkswirtschaft."

Die Frage, welches Interesse haben die Arbeiter an der (durch Freihandel geförderten) Weltwirtschaft? beantwortet Arndt dahin: die in der Weltwirtschaft angeführte internationale Arbeitsteilung trägt dazu bei, die Produktivität der menschlichen Arbeitskraft zu steigern, 2. die Steigerung der Wirtschaft erheblich zu fördern, und endlich 3. das Arbeitseinkommen auf dem Wege des Besitzes zu erhöhen. Gehört es zu den Erkenntnissen der nationalökonomischen Wissenschaft, daß die nationale Arbeitsteilung die Produktivität fördert, so muß dies auch auf die internationale Arbeitsteilung zutreffen. Zum 1. in einer Zeit wie der unigen, die die Weltwirtschaft bis in den Hauseuropäer führt. In der Begründung des Satzes, daß die internationale Arbeitsteilung zu einer Steigerung des Arbeitseinkommens führt, stützt sich Arndt auf die von S. Dieckel schon Anfang des Jahrhunderts aufgestellte "Produktivitätstheorie", an die neuerdings Physiologen und Ökonomen wie Adolf Weber angeschlossen sind. Der zufolge führt die Arbeitsteilung zu einer Steigerung der Grundrente des Zinses und des Unternehmergewinns, aber zur Minderung der Kapitalrenten und damit zu gesteigerter Produktionskraft.

Wenn die theoretische Begründung Arndts, insofern der weltwirtschaftlichen Neugestaltung seit dem Kriege, durch die halbherzige Einstellung christlicher Gewerkschaftsführer, ja österreichischer (Otto Bauer) und deutscher Parteigenossen (Schippel) angezweifelt wird, so darf nicht übersehen werden, daß sich die für die Stellungnahme der deutschen Arbeiterklasse entscheidenden Fragen noch im Flusse befinden. Wie sich amerikanische und australische Arbeiter zu der Schutzollpolitik ihrer Länder verhalten, kann für uns nicht maßgebend sein. Wir und Europa leiden an der Verarmung und dem Druck einer durch den Weltkrieg verursachten, auf politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen beruhenden Ueberlegenheits-Abhängigkeitskonkurrenz! Sie kann nur überwunden werden durch die Einigkeit der gesamten Arbeiterklasse, d. h. aller Kopf- und Handarbeiter, daß ihre Interessen, auch in handelspolitischen Dingen, die gleichen sind. Die weltwirtschaftliche, freihändlerische Einstellung der Arbeiterklasse ist zu einem Gebot der Selbsterhaltung geworden!

Dagegen dürfen die von agrarischer und großindustrieller Seite vorgebrachten Scheingründe für die Produzenteninteressen der Arbeiterklasse keinen Widerhall finden. August Müller weist in seiner Abhandlung: "Konsuminteressen und Handelspolitik" gleich eingangs darauf hin, wie sich "seit einiger Zeit ein undefinierbares, mit höchster Aktivität erfülltes Wesen bemerkbar macht", das sich selbst die "Wirtschaft" nennt. Den Sprachrohr dieser Wirtschaft scheint es nun aber ganz unzweifelhaft zu sein, daß der Konsument das überflüssigste Ding auf der Welt ist. Agrarier sprechen von Produktions- oder Konsumentenpolitik, Streben nach billigem Fleisch erscheint ihnen als "miserabiles Konsumanteninteresse", das für die gesamte landwirtschaftliche Produktion ungeheure Gefahren in sich birgt. Ueber so rückständige, hinter Adam Smith liegende Befindungen braucht man sich eigentlich nicht zu wundern, wenn man sich an das Schreiben des Reichsfinanzministers an den Reichsarbeitsminister vom 14. Januar 1924 erinnert, worin eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitseinkommen auf das Niveau der damals den Beamten gezahlten Hungergehälter empfohlen wird. In treffender Weise führt Müller die neueren kapitalistischen Propheten einer "Produzentenpolitik" ab, denen die 90 Prozent der Bevölkerung mit vorwiegend Konsumenteninteressen nur dazu be-

stimmt erscheinen, Boden- und Kapitalrente, Unternehmer- und Händlergewinn zu stabilisieren und zu erhöhen. Nicht in allgemein gehaltenen Darlegungen, sondern an der Hand von Tatsachen aus der Kali-, Eisen-, Kohlen- und Getreidebranche erbringt er den Beweis, wie sehr eine Berücksichtigung der Konsumenteninteressen heute geboten ist und wie sehr sie von der Handelspolitik beeinflusst werden.

Auch Professor Kopsch hält in seinem meist grundlegenden im Sinne des Freihandels gehaltenen Beitrag: "Neue Wirtschaftsstruktur Deutschlands als Grundlage seiner künftigen Handelspolitik" das Konsumenteninteresse für das Primäre und das der Produzenten für das Sekundäre. Maßgebend ist für ihn jedoch der Grundsatz, daß bei der Schutzollpolitik die Produzenten sich gegenseitig schädigen. Wie vor dem Kriege, so ist auch heute wieder die Frage: Lohnt die Privilegierung eines oder anderer das Opfer der anderen? zur Kernfrage der deutschen Handelspolitik geworden. Die Mehrzahl der Mitarbeiter des ersten Bandes verneint diese Frage. Mit Ausnahme des Dr. Kurt Ritter von der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, der die bekannten schumpeterischen Argumente "wissenschaftlich" drapiert. Wie dieser auch unter die Propheten kommt, erscheint ihm so unverständlich, als eine Anzahl von Hochschulprofessoren sich in einer öffentlichen Erklärung gegen seine Berufung des Lehramtes mit der Vertretung der Interessen bestimmter Wirtschaftsgruppen ernstlich vermahnt.

Der Volkenscheid eingebracht

Am Montag nachmittag haben die Genossen Wels und Ludwig vom Parteivorstand, der Vorsitzende der SPD., Thälmann, sowie der Leiter des Ausschusses für den Volkenscheid, Kuczynski, im Reichsinnenministerium den gemeinsamen Antrag zur einschlägigen und ungeschlossenen Entscheidung der Fürsten eingebracht. Die Uebermittlung wurde mit dem ausdrücklichen Ersuchen verbunden, sobald als möglich eine Beschlußfassung über den Antrag herbeizuführen. Thälmann und Kuczynski gaben dabei die Erklärung ab, daß nach Zulassung des gemeinsamen Antrages der am 18. Januar von ihnen eingebrachte Entwurf zur Fürsteneinbindung gegenstandslos geworden sei.

Die Aussagen der Meuterer

Die Admiralität verteidigt sich — Der Flottenvorstoß ohne Zustimmung des Kabinetts Mar v. Baden

SPD. Infolge des panischen Schreckens der Reichspartei über die Dittmannsche Anklage wurde am Montag nachmittag das Plenum des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zusammentreten, weil sechs Ausschußmitglieder kürzestes Vorgehen gegen Dittmann und seine Broschüre bis zur Beschlagnahme geordert haben. Die Namen dieser Edlen sind: Graf von der Schulenburg, Freiherr von Rheinbaben, Raub, Henning, Brüninghaus und von Krenn. Außerdem hat der Verlog für Politik und Geschichte, der die gesamten Drucksachen des Untersuchungsausschusses herausgibt, wegen gefälschter Schädigung mit Klage gedroht. Im Ausblick zeigte sich sofort, daß diese ganzen Beschwerden und Drohungen so gut wie haltlos sind. Bei der Linken erregten sie nur Heiterkeit. Nach aufgeregten Reden der Herren Brüninghaus und Henning wurde die Debatte vertagt. Beschlossen wurde nur die selbstverständliche Erklärung, der auch Dittmann zustimmte, daß er seine Broschüre nicht im amtlichen Auftrag herausgegeben hat.

Um 5 1/2 Uhr abends trat der Untersuchungsausschuss zur Verhandlung von Sachverständigen und Zeugen zusammen. Der Andrang von Pressevertretern und Abgeordneten ist noch gewachsen. Mit leidenschaftlicher Spannung verfolgt man die dramatischen Auftritte, an denen auch am Montag kein Mangel ist. Zunächst gibt es freilich ein lächerliches Intermezzo. Der Abgeordnete Dr. Hennig hat mit der Wichtigkeit und Dummheit, die ihn auszeichnet, einen freien Brief an den Ausschußvorsitzenden Dr. Philipp gerichtet, um feierlich zu erklären, daß er sich von den Juden Dr. Moses und Rosenberg nicht auftragen lasse. Unter stürmischem Gelächter der großen Versammlung wird der Brief in den Akten des Ausschusses vergraben. Fast den ganzen Abend füllten die eidlischen Zeugenaussagen des Vizeadmirals von Trotha aus. Sein langer Vortrag wird erst politisch bemerkenswert, als er auf den Ende Oktober geplanten großen Flottenvorstoß gegen England zu sprechen kommt. Die geschichtlich außerordentlich wichtige Frage, ob die Regierung Prinz Mar v. Baden, der seit dem 26. Oktober 1918 auch die gesamte Militärbehörde unterstellt war, von diesem ungeheuer wichtigen militärischen Unternehmen, das die ganzen Waffenstillstandsverhandlungen hätte stören können, etwas wußte, konnte bis jetzt noch nicht geklärt werden.

Der ganze Vortrag des Herrn von Trotha zeigte aber, daß der alte Admiral bis zu diesem Tage noch nicht begriffen hat, daß ein Volk seine Militärmacht im Kriege nicht nur zum Schutz des Landes einsetzt, sondern zur entscheidenden

politische Zwecke zu verfolgen. Der Admiral sieht immer nur Schiffe, Besatzungen, Küsten und militärische Solidarität, übersehen jedoch die politischen Wirkungen. Wenn, wie jetzt schon nahezu feststeht, die Admiralität in der Tat ohne Zustimmung der verfassungsmäßigen Reichsregierung ihren gewaltigen Flottenvorstoß gegen England, wenn auch angeblich zur Dedung der rechten Flanke unseres Landheeres, geplant hat, so erhält Dittmann recht mit seiner Behauptung, daß die Admiralität gemauert hat und die Mannschaften von einem höheren Gesichtspunkte aus im Rechte waren, als sie den Flottenvorstoß verhinderten, der zugleich ein Schlag gegen die Politik der damaligen Reichsregierung werden mußte.

Wir lassen nunmehr den Bericht sprechen. Als Auskunftsperson wird zunächst Vizeadmiral von Trotha vereidigt und vernommen.

Vizeadmiral von Trotha

äußert sich zunächst ausführlich über die Urlaubfrage bei der Marine. Dabei wendet er sich gegen die Darlegungen des Abg. Dittmann, daß Mannschaften auch in dringenden Fällen keinen Urlaub bekommen, während z. B. ein Offizier schon anlässlich einer Niederkunft seiner Frau beurlaubt wurde. Der betreffende Offizier habe seinen Wohnsitz in Wilhelmshaven gehabt. Andererseits sei der Bedarf an Mannschaften ungeheuer groß gewesen. Ich kann bezeugen, daß Admiral Scheer bei verschiedenen Gelegenheiten auf das ernste darauf hingewiesen hat, daß gerade in Kriegzeiten die Strafmessung auf das sorgfältigste und unter besonderer Berücksichtigung aller Verhältnisse und auch ohne Ueberforderung zu handhaben wäre. Von Trotha geht dann auf die Verpflegungsverhältnisse ein. Auf den einzelnen Schiffen bestand Selbstverpflegung. Bei dem Geld, das für die Verpflegung nutzbar gemacht werden konnte, bestand zwischen Offizieren und Mannschaften anfangs ein Unterschied von 1,15 R., der sich aber nach und nach auf 2 R. vermindert hat. (Hört, hört! rechts.) Gegen die später von Dr. Hennig behauptete Ansicht, zur Magazinverpflegung überzugehen, wurde von den Schiffskommandos Stellung genommen mit dem Hinweis darauf, daß gerade die Mannschaften an der Selbstverpflegung festhalten wollten. Die Verpflegungssätze wurden im weiteren Verlauf des Krieges wesentlich erhöht. In West befam die Mannschaften weit über das Doppelte dessen, was der Bürger in den Großstädten erhielt. Genauso war es bei dem Geld. Ungefähr ein Drittel des Offiziersverdienstes wurde zusammen mit den Mannschaften in gleicher Weise verpflegt. Verschiedene Offiziere haben auch mit Mannschaften längere Zeit das Essen getauscht und dann sahen die Leute gewöhnlich nach einigen Tagen, sie könnten von dem Offiziersessen nicht satt werden. In den Häfen wurden die Leute in großer Zahl zu ihren Familien beurlaubt, sie bekamen sogar den ihnen zugehörigen Proviant mit. Wenn also ein Admiral bei dem Urlaub Proviant mit an Land genommen hat, so entspricht das meiste

der
n
m!
e Ge-
inst-
und
a.
iel in
Akten
ht!
ng!
SANI
glich 7.30 Uhr
Kaufhaus.
Attraktionen:
Ueberschlag
Auto
zur Höhe
kurrent
Sensationen
als neue, große
der
eit mit
ris
residen je sah
1925
4990
8
Theater
beer
Aut
4 Akten
Sonabend
tchen
im T.T.T.
1925
Burusfu
Gesch.
stoll
Carl Kant-
n!
und alte Zeit
handlungen
en.
müht.
warer Wirkung
ungen auf
t Volkszeitung
ellitorat u. der
Dresdener
12. Januar
auf die Proklam-
auf dem
Inhaltsangabe
niemal empfan-
harbittete
der Volkszeitung
ratne ulu
ratat bei
1. Sange
12. 11